

Wirtschaft global - Hunger egal?

Während sich im Westen Menschen mit ihrem Übergewicht plagen, wächst weltweit die Zahl der Armen, die nicht genug Nahrung haben. Weltweit hungern mehr als 850 Millionen Menschen. 30 Millionen von ihnen sterben pro Jahr. Der Mangel an Nahrung ist nicht naturgegeben, sondern auch Folge der Globalisierung. Die Menschenrechtsorganisation Fian analysiert in einem neuen Buch die jüngste Entwicklung und zeigt praktische Lösungsansätze des Problems auf.



[Wer hungert? \(FR-Infografik\)](#)

Die jüngsten Zahlen der Welternährungsorganisation FAO sind ernüchternd: 852 Millionen Menschen leiden chronisch an Hunger. Während in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ein leichter Rückgang zu verzeichnen war, sind seit 1995 etwa 28 Millionen Menschen zusätzlich in die Hungerstatistik aufgerückt. Unser Bild von Hunger ist geprägt von Katastrophenberichten wie Dürren oder Bürgerkriegen - und verstellt so die Sicht auf die alltägliche Realität der Hungernden. Denn heute leben nicht einmal zehn Prozent der Hungernden in "Katastrophengebieten". Für die allermeisten bedeutet Hunger Alltag, eine alltägliche Katastrophe außerhalb jeden öffentlichen und politischen Interesses.

Die Berichterstattung über den Hunger tut sich bei uns nicht zuletzt deshalb schwer, weil das Phänomen in unseren reichen Gesellschaften kaum vorstellbar ist; hier ist vielmehr Übergewicht ein Problem. Ab einer Aufnahme von unter 1800 Kalorien pro Tag wird jemand als Hungernder registriert; die Hälfte aller Opfer lebt mit weniger als 1400 Kalorien. Chronischer Hunger verhindert eine normale menschliche Entwicklung, die Hungernden werden körperlich und geistig geschädigt. Kleinwüchsigkeit, Blindheit und Anfälligkeit für Krankheiten sind klassische Auswirkungen des Hungers und werden von der unterernährten Mutter auf das untergewichtig geborene Baby weitergegeben. Ein einfacher Durchfall oder Masern können für von Hunger Geschwächte den Tod bedeuten. Chronisch Unterernährte können keinen vollwertigen Platz im Arbeitsleben einnehmen, was für sie persönlich den Ausweg aus dem Hunger versperrt, auch volkswirtschaftlich eine Belastung ist und eine Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung darstellt.

Die Rhetorik der Hungerbekämpfung auf internationalen Konferenzen klingt angesichts dieser Entwicklung hohl und zynisch. Die Regierungen konzentrieren sich viel stärker auf die Förderung der wirtschaftlichen Globalisierung, etwa durch die Welthandelsorganisation WTO, als auf relevante Schritte gegen das Hungerdrama.

Nach der Barbarei des deutschen Faschismus zielte die Völkergemeinschaft mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 auf "eine Welt, in der die Menschen (...) Freiheit von Furcht und Not genießen" sollten. Das Menschenrecht auf Nahrung und weitere soziale Rechte wurden 1966 im UN-Sozialpakt völkerrechtlich festgeschrieben, der seitdem von 146 Staaten ratifiziert wurde.

Nach Auslegung des zuständigen UN-Ausschusses bedeutet das Recht auf Nahrung vor allem das Recht sich zu ernähren, also das Recht auf produktive Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut und das Recht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Damit sind klare Richtlinien für eine menschenrechtlich orientierte Weltwirtschaft auf internationaler Ebene vorgegeben. Doch noch immer sind diese grundlegenden Menschenrechte nicht einklagbar - und werden tagtäglich verletzt.

Wo wird gehungert?

Unser Bild von Hunger bezieht sich meist auf Afrika. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit. Laut FAO-Angaben leiden in Afrika 209,6 Millionen Menschen chronisch an Hunger. Dagegen beläuft sich diese Zahl allein in Indien auf 221,1 Millionen - mit erneut steigender Tendenz.

Selbst China, dessen Erfolge im Einsatz gegen den Hunger (insoweit die offiziellen Zahlen stimmen) die weltweiten Statistiken nur leicht steigen lassen, weist 142,1 Millionen Hungernde auf. Dies macht allerdings "nur" elf Prozent der Gesamtbevölkerung aus, während der Anteil sich in Indien auf 21 Prozent, im Afrika südlich der Sahara auf 33 Prozent beläuft.

Hunger ist im Übrigen nicht nur ein Phänomen des Südens; auch in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion beklagt die FAO einen starken Anstieg, und selbst in den reichen USA leiden zehn Millionen Men-

schen an chronischem Hunger, und wissen weitere 35 Millionen Menschen nicht, wie sie ihre nächste Mahlzeit garantieren können.

Diese Zahlen verbergen ein Horrorszenario. An Hunger und dessen Folgen sterben jährlich bis zu 30 Millionen Menschen, darunter sechs Millionen Kinder. Pro Monat also ohne jede "Katastrophe" 2,5 Millionen Hungertote. Diese immensen Zahlen entziehen sich unserer Vorstellungskraft.

Kleinbauern haben nicht genug

Es scheint zunächst überraschend, dass 80 Prozent der chronisch Hungernden in den ländlichen Regionen leben - dort, wo Nahrungsmittel angebaut werden.

Die Hälfte der Hungernden sind Klein- und Kleinstbauernfamilien, die zu wenig oder zu schlechte Böden haben, denen es an ausreichend Saatgut, Wasser, Beratung, Infrastruktur und Zugang zu Märkten fehlt. 22 Prozent sind landlose LandarbeiterInnen - vielfach KleinbäuerInnen, die ihr Land verloren haben. Weitere acht Prozent leben überwiegend von Fischfang, Jagd oder Viehzucht. Das Fünftel der Hungernden, das in den Städten lebt, besteht überwiegend aus Binnenflüchtlingen, die vor der Perspektivlosigkeit der ländlichen Regionen geflohen sind. Mitglieder indigener Völker sind überproportional von Hunger betroffen. Zwei Drittel der Hungernden sind Frauen.

Kampf um Saatgut, Wasser und Land

Die arme ländliche Bevölkerung in den Ländern des Südens ist besonders bedroht. Der Zugang zu Land, Saatgut und Wasser ist in den meisten Ländern sehr ungleich verteilt. Viele Familien verfügen über wenig oder kein Land und müssen sich zu Billiglöhnen beim nächsten Großgrundbesitzer verdingen. Ersparnisse für schlechte Zeiten sind kaum möglich, soziale Sicherungssysteme nicht existent. Bei Konflikten über natürliche Ressourcen sind die lokalen Politiker, deren Macht fast immer auf Landbesitz basiert, in der Regel auf Seiten der Reichen. Der Gang vors Gericht ist ohne externe Unterstützung für ländliche Arme entweder unmöglich oder wenig Erfolg versprechend. Regierungsbehörden und Medien interessieren sich kaum für das Schicksal dieser Personengruppe. Zwar hat die Situation der ländlichen Armutsgruppen eine lange Tradition und ist nicht allein der aktuellen Globalisierung geschuldet. Doch trifft deren Dynamik die marginalisierten ländlichen Gruppen mit ganzer Kraft und mit gravierenden Auswirkungen auf ihr Menschenrecht auf Nahrung.

Die Globalisierung ist gekennzeichnet durch ein Wachstum des Handels und der Auslandsinvestitionen, welches das Wachstum der Warenproduktion deutlich überschreitet. Charakteristisch ist, dass angesichts günstiger Transport- und Kommunikationssysteme inzwischen praktisch alle Regionen der Erde in die Weltwirtschaft einbezogen sind. Diese doppelte Internationalisierung der Weltwirtschaft trifft marginalisierte Gruppen ganz besonders, da im Zuge der herrschenden Ideologie des Neoliberalismus Schutzbestimmungen für Mensch und Natur immer weniger beachtet und gleichzeitig den Interessen der Privatwirtschaft immer größere Bedeutung eingeräumt werden. So trifft ein brutales Entwicklungsmodell völlig ungebremst auf unzählige Arme in den ländlichen Regionen dieser Erde, die eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation und damit massive Verletzungen ihres Menschenrechts auf Nahrung erleiden müssen.

- Globalisierung vertreibt: Weltweit müssen Millionen KleinbäuerInnen und Indigene ihre Heimat verlassen, um der Ausbeutung natürlicher Ressourcen oder der Inwertsetzung der Natur zu weichen. Der massiven Vertreibungspolitik der kolumbianischen Paramilitärs folgen Ölpalplantagen oder Kokapflanzungen sowie Gold- und Ölunternehmen. Krabben für die Leckermäuler dieser Welt oder Gold für die globale Schmuckindustrie lassen Millionen Menschen ohne Zukunft zurück. Denn Land ist Leben und ohne eigenes Land können nur wenige Menschen im Süden ihr Menschenrecht auf Nahrung befriedigen.

- Land wird zur Ware: Im reichsten Land Südamerikas, Brasilien, leiden etwa 40 Millionen Menschen an Hunger, darunter fünf Millionen landlose Familien. Gleichzeitig liegen 44 Prozent der nutzbaren Ländereien Brasiliens brach. Doch eine Landumverteilung kommt nur zögernd voran, die Besitzenden wollen ihre

Die Autoren

Frank Braßel, Ute Hausmann, Ulrich Müller, Armin Paasch, Britta Schweighöfer und Wolfgang Sterk sind Mitarbeiter der deutschen Sektion von FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (Fian). Fian ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für das Menschenrecht auf Nahrung einsetzt. Sie will erreichen, dass alle Menschen frei von Hunger leben und sich eigenverantwortlich ernähren können. Fian arbeitet mit Betroffenen und Bewegungen im Süden zusammen und stützt sich bei dabei auf den UN-Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte.

In dem dokumentierten Beitrag haben die Autoren die wichtigsten Thesen und Forderungen zusammengefasst, die sie in einem neuen Buch darlegen. Der Band hat den Titel: Wirtschaft global - Hunger egal? Für das Menschenrecht auf Nahrung. Er ist erschienen als AttacBasisText 16, 96 S., 6,50 Euro, ISBN 3-89965-111-1
Zu bestellen bei: FIAN Deutschland, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel: 02323-490099, Fax: 02323-490099, E-Mail: s.malangerie@fian.de, Internet: www.fian.de ber

ökonomische und politische Macht nicht aufgeben, Agrarreformgesetze werden deshalb kaum umgesetzt. Die Weltbank hat dieses Problem erkannt - doch leider die falschen Schlüsse gezogen. Es gilt in Washington nicht mehr das Motto der Landlosen, "das Land dem, der es bebaut", sondern das neoliberale Credo, "das Land dem, der es bezahlen kann". Dieses Konzept der "marktgestützten Agrarreform" gibt den von Hunger bedrohten oder betroffenen KleinbäuerInnen und Landlosen keine Chance. Wer kein Geld hat, Nahrung zu erwerben, hat noch weniger für den Kauf von Land. Der Markt ist alles, das Recht ist nichts, könnte das Motto dieses neoliberalen Weltbankprogramms lauten. Wer sich in Brasilien und anderswo für eine ernsthafte Agrarreform einsetzt, lebt gefährlich. Nach Angaben der brasilianischen Landpastorale CPT wurden zwischen 1985 und 2002 mindestens 1280 Menschen bei Landkonflikten ermordet. Ein typisches Beispiel für den Zusammenhang von sozialen und politischen Menschenrechten.

- Handelspolitik gegen Menschenrechte: Faktisch entziehen sich die Staaten im Norden wie im Süden immer stärker ihrer Verantwortung für die Menschenrechte in der globalisierten Wirtschaft und widmen sich lieber der rücksichtslosen Wirtschaftsförderung. Eklatant wird dies bei den Subventionen der Agrarproduktion. Die Industrieländer geben hierfür im Jahr 350 Milliarden US-Dollar aus. Zum Vergleich: In die Entwicklungszusammenarbeit fließen nur 68 Milliarden US-Dollar, davon immer weniger in den Agrarsektor. (FR 27.12. 2004) Gleichzeitig müssen die armen Staaten ihre Märkte für Einfuhren öffnen. Und so überflutet dann weit unter Herstellungskosten subventioniertes billiges Milchpulver die Märkte Jamaicas oder Kenias, so dass die dortigen kleinen Milchbauern ihre Höfe aufgeben müssen.

- Die Macht der Privatwirtschaft wächst: Große multinationale Konzerne sind die eigentlichen Träger und Gewinner der Globalisierung. Viele Beispiele zeigen, wie folgsam heutzutage nationale Regierungen gegenüber den Multis sind, selbst wenn nationales Recht auf dem Spiel steht. Die "Flexibilisierung" der Arbeitsverhältnisse im Norden wie im Süden lässt die Beschäftigten zunehmend zu einer rechtlosen Ware Arbeitskraft werden, die in vielen Ländern wahre Hungerlöhne erhält. Angesichts der wachsenden Dominanz multinationaler Konzerne in der globalisierten Weltwirtschaft und der Passivität nationaler Regierungen fordern immer mehr Betroffene und soziale Bewegungen neue Wege der menschenrechtlichen Kontrolle der Multis.

Globalisiert die Menschenrechte

Die Hunger-Fakten sind bekannt. Demgegenüber ist in unseren vermeintlich so zivilisierten Zeiten das Menschenrecht auf Nahrung immer noch nicht einklagbar. Die Landarbeiterinnen, Kleinbauern, Landfrauen, Indigenen, Zwangsvertriebenen, die "flexibilisierten" ArbeiterInnen und die anderen Opfer der Globalisierung fordern weltweit die Garantie ihrer Rechte und ihrer Menschenwürde. "Globalisiert die Menschenrechte!" muss die Forderung lauten. Hierzu ist es zum einen wichtig, das globale Menschenrechtssystem zu stärken. Mindestens ebenso wichtig ist, eine starke internationale Menschenrechtsbewegung aufzubauen, die sich mit anderen Bewegungen vernetzt. Es darf nicht zugelassen werden, dass Regierungen ihre Untätigkeit in diesem Bereich hinter dem vermeintlich allmächtigen Globalisierungstrend verbergen können.

Die Menschenrechtsbewegung muss die Staaten in die Pflicht nehmen, Verantwortung für die Verteidigung sozialer Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen - auch gegen multinationale Konzerne und gegen internationale Finanzinstitutionen. Wo Menschenrechte bedroht oder verletzt werden, muss die Staatengemeinschaft eintreten - wenn es die nationale Regierung nicht vermag oder will.

Wir sollten auch die Bundesregierung beim Wort nehmen, deren Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit die gezielte Förderung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte an prominenter Stelle erwähnt und dabei das Recht auf Nahrung in den Mittelpunkt stellt. Programmatisch ist die Bundesregierung weit vorangeschritten. Leider setzt sie es in der Realität nicht um, was konsequente Menschenrechts-Politik in Handelsfragen - gegenüber dem EU-Agrardumping oder der Kontrolle deutscher Unternehmen im Ausland - angeht.

Die Instrumente benutzen

Das Menschenrechtssystem bietet schon jetzt einige Möglichkeiten, gegen den Hunger vorzugehen, weist aber noch große Mängel auf. Damit es Opfern von Ungerechtigkeit wirksamer den Rücken stärken und den Herausforderungen der Globalisierung gerecht werden kann, bedarf es zusätzlicher Durchsetzungsmechanismen. Die in diesem Buch genannten Maßnahmen wären leicht umzusetzen, wenn der politische Wille vorhanden wäre:

- Die Mittel und das Personal im Genfer UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte müssen aufgestockt werden. Eine Verdoppelung der Kapazitäten wäre leicht zu finanzieren.

- Die neuen FAO-Leitlinien zum Recht auf Nahrung sowie der Vorschlag der UN-Normen für Privatunternehmen müssen möglichst schnell in die Praxis umgesetzt werden. Die Zivilgesellschaft muss dabei eine zentrale Rolle spielen.

- Soziale Rechte müssen bei den UN einklagbar gemacht werden. Ein erster Schritt wäre das seit langem geforderte Beschwerdeverfahren zu den sozialen Rechten. So könnten Opfer von Verletzungen des Rechts auf Nahrung Beschwerde einlegen, wenn ihnen dies auf nationaler Ebene nicht möglich ist.

- Staaten müssen für Menschenrechtsverletzungen gegenüber Menschen in anderen Ländern zur Verantwortung gezogen werden. Internationale Investitions- und Handelsabkommen sowie "Entwicklungsprojekte" der Weltbank müssen einer strikten menschenrechtlichen Kontrolle seitens der UN-Menschenrechtsorgane unterzogen werden. Die Vorherrschaft der Menschenrechtspakte über Handels- und Investitionsrecht sicherzustellen ist vielleicht die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts.

Kommerzialisierung, Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung sind keine naturgegebenen Prozesse. Sie sind politisch gewollt und werden von jenen vorangetrieben, die auf Kosten der Mehrheit davon profitieren.

Menschenrechte können ein starker Hebel sein, um diesen Interessen entgegenzuwirken und eine Gesellschaft zum Wohle aller durchzusetzen.

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2005

Dokument erstellt am 03.04.2005 um 17:16:01 Uhr

Erscheinungsdatum 04.04.2005